



Volkswirtschaftsdirektor Olivier Curty (CVP) erhofft Mehreinnahmen, um in Freiburg weitere Projekte voranzutreiben.

# Zwischen Hoffen und Bangen

Staatsrat Olivier Curty (CVP) und  
Heinz Gilomen (SP60+) debattieren über  
Vor- und Nachteile der Steuerreform.



Urs Haenni

**FREIBURG** Gegner sagen, die Steuerreform koste den Kanton bis zu 163 Millionen Franken im Jahr, der Staatsrat sagt, es gebe gar keine Einbussen. Wer von ihnen übertreibt?

**Olivier Curty:** Als der Staatsrat das Gesetz über die Steuerreform publizierte, stützten sich die Berechnungen auf Steuerdaten von 2015. Das Steuersubstrat hat sich in den letzten Jahren aber sehr gut entwickelt. So kann ich mit gutem Gewissen behaupten, dass Freiburg kurzfristig keine Steuerausfälle haben wird.

**Heinz Gilomen:** In der Botenschaft und in der Debatte des Grossen Rats war noch von 90 Millionen Franken Verlust durch steuerpolitische Massnahmen die Rede. Dann wurden daraus im Abstimmungsbüchlein noch 70 Millionen, und Ende Mai verschwindet dieser Betrag an einer Pressekonferenz des Staatsrats einfach. Das macht mich stutzig.

Wie sieht Ihre Rechnung aus?

**Gilomen:** Ich rechne etwas anders: Bei der Abstimmung geht es im Kern nicht um die Reduktion des gesamten eidgenössischen, kantonalen und kommunalen Steuersatzes von rund 19,86 auf 13,72 Prozent, sondern nur um die Reduktion des kantonalen Anteils von 8,5 auf 4 Prozent. Gemäss Finanzdirektor Georges Godel wird der Kanton so rund 180 Millionen Franken Firmensteuern einnehmen. Wenn der kantonale Steuersatz aber nicht auf 4 Prozent gesenkt wird, sondern auf 8,5 Prozent bleibt, nimmt der Kanton mehr als das Doppelte, also rund 400 Millionen Franken ein. Die Differenz von über 200 Millionen Franken, die wir

nicht einkassieren, ist der eigentliche Verlust.

Und wie kommt der Staatsrat auf eine Null?

**Curty:** Zu dieser Null gehören verschiedene Faktoren wie die Kompensationszahlungen des Bundes über 30 Millionen Franken und dass Firmen mit Spezialstatus jetzt dann ordentlich besteuert werden zu 13,72 statt wie bisher zwischen 8 und 11 Prozent. Dann gibt es auch Firmen, die Steuererleichterungen hatten, die nun auslaufen.

Sie sprechen von Fällen wie Nespresso, die für die Ansiedlung in Romont Sonderkonditionen erhalten hat: Sind denn solche Fälle auch Teil der Steuerreform?

**Curty:** Es besteht keine direkte Verbindung zur Steuerreform. Diese steuerlichen Erleichterungen sind zeitlich limitiert über fünf oder zehn Jahre. Danach bezahlen die Firmen ordentlich Steuern. Das heisst, dass wir in den nächsten Jahren die Früchte unserer Wirtschaftspolitik ernten können.

**Gilomen:** Für mich ist es unverständlich, wie man eine langfristige Strategie auf Steuerprivilegien von Statusgesellschaften entwickelt, wenn man seit zehn Jahren weiss, dass diese international unter grossen Druck sind.

Wird die Abstimmung vom 30. Juni für den Stimmbürger demnach zur Glaubensfrage?

**Gilomen:** Meine Generation 60+ hat einen Vorteil: Wir haben sehr viel Erfahrung. Und unsere Erfahrung sagt uns das Gleiche, das auch die Logik sagt: Wenn man Steuern senkt, dann gehen die verfügbaren Mittel für den Staat zurück. In der Regel wird

das ausgeglichen durch Sparprogramme, durch höhere Gebühren und, wenn es hoch kommt, auch durch Steuererhöhungen für natürliche Personen.

**Curty:** Finanzdirektor Georges Godel ist 67-jährig; Er gehört also auch zur Generation 60+ und hat somit ebenfalls viel Erfahrung. Es geht auch um das Vertrauen in unsere Wirtschaftsstrategie, mit der wir uns um Unterneh-

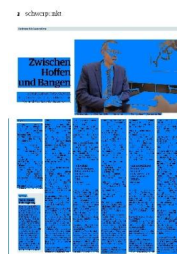
**«Wir wollen mehr Leistungen. Dafür kämpfen wir und dafür brauchen wir Geld.»**

**Olivier Curty**  
Volkswirtschaftsdirektor

men und Arbeitsplätze bemühen. Diese Strategie hat uns Geld und Energie gekostet. Nicht alles ist planbar. Deshalb versuchten wir, immer transparent zu sein und die vorhandenen Zahlen zu liefern. Natürlich hofft der Staatsrat, dass nachher mehr Geld in der Kasse sein wird. Als Regierungsvertreter verteidigen wir unsere Budgets. Wir wollen mehr Leistungen, weil wir ein Bevölkerungswachstum haben, und wir wollen bessere Leistungen. Für das kämpfen wir, dafür brauchen wir Geld.

Warum ist aus Ihrer Sicht diese Steuerreform für Freiburg die bestmögliche?

**Curty:** Als Volkswirtschaftsdirektor hätte ich gehofft, dass der Steuersatz noch ein bisschen tiefer wäre. Das würde mir meine Arbeit erleichtern. Auf der anderen Seite bin ich wirklich zufrieden mit dem vorliegenden Gesetz, weil ich sehe, dass man



nicht nur die Steuereinnahmen hat, sondern dass ich auch neue Leistungen anbieten kann in der Berufsbildung, bei den Familienzulagen, Krippenplätzen und billigeren Krippen- und Tageseltern-tarifen sowie in der arbeitsmarktlichen Integration von Menschen mit Behinderung. All das können wir offerieren, ohne dass wir mit Sicherheit wissen, ob dann auch mehr Geld in der Kasse sein wird. Aber wir sind davon überzeugt.

**Herr Gilomen, wie müsste eine Steuerreform aussehen, damit Sie ihr zustimmen könnten?**

**Gilomen:** Wenn ich sehe, dass der Kanton Waadt in den letzten zehn Jahren sein BIP pro Kopf um zehn Prozent gesteigert hat, und das von Freiburg um ein Prozent zurückgegangen ist, mache ich mir Sorgen. Wir müssen diesen Schalter umkippen und in die Kaufkraft und in Lebensqualität der Bevölkerung investieren. Nicht nur in die Rentabilität des Kapitals.

**Curty:** Das machen wir ja, indem wir die Familienzulagen erhöhen und die familienergänzende Betreuung verbilligen. Mit 30 Millionen Franken tragen wir dazu bei, dass die Kaufkraft grösser wird.

**Gilomen:** Ich finde die Begleitmassnahmen schön, verstehe aber nicht, warum man nicht noch mehr Dynamik hineinbringt.

**Wirtschaftskreise und der Staatsrat befürchten, bei einem Nein könnten die Statusgesellschaften verschwinden. Welche Anhaltspunkte gibt es dafür?**

**Curty:** Vertreter dieser Gesellschaften haben uns offen kommuniziert, dass sie einen Plan B am Prüfen sind. Sie müssen das,

auch für ihre Kunden. Es geht aber auch darum, neue Unternehmen anzulocken. Es ist wie bei einer Bewerbung: Die grösste Hürde ist, an ein Vorstellungsgespräch eingeladen zu werden. Diese Short Lists der Firmen werden anhand von Kriterien gemacht, bei denen die Steuern eine wichtige Rolle spielen. Sie sind wie das Eintrittsticket.

**Ist die Gegnerschaft der Vorlage mit Wirtschaftskreisen in Kontakt getreten?**

**Gilomen:** Ich persönlich nicht. Aber wir haben viele Personen, die in der Wirtschaft tätig sind und diese kennen.

**Wie wichtig ist der Steuersatz für Firmen?**

**Gilomen:** Wenn ein Unternehmen 10 Prozent des Umsatzes als Gewinn ausweist, macht es bei einem Umsatz von 10 Millionen Franken, einen Gewinn von 1 Million Franken. Auf dieser Million zahlt es heute mit dem Steuersatz von knapp 20 Prozent 200 000 Franken Steuern. Wenn die Steuersenkung auf rund 14 Prozent sinkt, zahlt die Firma 140 000 Franken. Der Unterschied beträgt umgerech-

**«Die 200 Millionen Franken, die wir nicht einkassieren, sind der eigentliche Verlust.»**

**Heinz Gilomen**  
Soziologe

net 6 Promille des Umsatzes, also nichts Weltbewegendes. Wenn bei einer Firma der Buch-

halter davonläuft, kostet das erfahrungsgemäss rund 100 000 Franken. Es gibt andere Faktoren, die wichtiger sind, als die 6 Promille Steuern. Wenn ich Unternehmer wäre, würde ich dem Staatsrat aber auch sagen, ohne Steuersenkung ziehe ich weg.

**Denken Sie, es sei ein Bluff der Unternehmer?**

**Gilomen:** sicher. Die Folgen wären gewiss nicht in dem schwarzmalerschen Ausmass, das man uns angibt.

**Curty:** Ich wünschte, dass es nur ein Bluff wäre. Aber die Realität zeigt auf, dass die Aussagen Hand und Fuss haben.

**Statusgesellschaften haben schon freiwillig, in den ordentlichen Status gewechselt. Ist das nicht ein Zeichen, dass sie selbst beim heutigen Steuersatz bleiben würden?**

**Curty:** Nein, im Gegenteil. Sie sagen ganz klar, sie nehmen den heutigen ordentlichen Steuersatz in Kauf, aber nur für eine gewisse Dauer. Deshalb führen wir die Abstimmung schon am 30. Juni durch. Die Firmen wollen Rechtssicherheit.

**Warum wechselten sie vorzeitig, wenn sie noch gar nicht gemusst hätten?**

**Curty:** Weil es international nun verboten wird. Die Firmen haben das antizipiert.

**Bei einem Nein würde das Volk auch 30 Millionen Franken an sozialen Massnahmen zugunsten der Bevölkerung ablehnen. Will die Linke diese leichtfertig aufs Spiel setzen, um sie danach wieder einzeln vors Parlament bringen zu müssen?**

**Gilomen:** Ich verstehe, dass man froh ist, wenn man einer



bürgerlichen Mehrheit einmal etwas abringt. Für mich ist das Potenzial dazu einfach noch viel grösser, wenn wir mehr Geld haben, anstatt dieses zu verschenken. Stimmt das Volk jetzt Nein, können wir auch gestärkt in diese Diskussionen gehen. Für die geplanten sozialen Massnahmen gibt es schon gesetzliche Aufträge und Bestimmungen, die erfüllt werden müssten. Weil man das aufgrund der Sparpolitik bis jetzt nicht gemacht hat, werden sie nun als Kompensationsmassnahmen bei der Steuerreform verkauft. Das stört mich.

#### Sind diese sozialen Massnahmen Stimmenfängerei?

**Curty:** Definitiv nicht. Es ist ein schönes Sozialprogramm mit 30 Millionen Franken, die man sonst so sicher nicht durchgebracht hätte. Es stimmt nicht, dass nichts gemacht wurde in den letzten Jahren. Nun können wir aber zusätzlich unsere Leistungen ausbauen, die zeitlich nicht limitiert sind.

#### Im Grossen Rat war die Dividendenbesteuerung noch umstritten gewesen. Jetzt nicht mehr. Warum?

**Curty:** Freiburg geht da einen grossen Kompromiss ein. Mit der Besteuerung der Dividenden aus qualifizierten Kapital-

Zur Person

### Von der Kanzlei in die Regierung

Olivier Curty wurde 1972 in Freiburg geboren. Er besitzt einen Master of Advanced European Studies der Universität Basel und ein Lizentiat in Politikwissenschaften der Universität Lausanne. Er lebt mit seiner Gattin und zwei Kindern in Murten. Von 2008 bis 2015 war Curty Vizekanzler des Staates Freiburg. Als Mitglied der CVP wurde er 2016 im ersten Wahlgang in den Freiburger Staatsrat gewählt. Nach seinem Amtsantritt übernahm Curty die Volkswirtschaftsdirektion, zu der namentlich das Amt für Berufsbildung, das Amt für den Arbeitsmarkt, das Amt für Energie und die Wirtschaftsförderung Freiburg gehören. *uh*